

„Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“ (Über bürgerlichen Parlamentarismus im Gegensatz zur sich selbst bestimmenden Pariser Commune von 1871, aus: Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Bd. 17, S. 340)

zum 24./25. März 2007

ZUM VERHÄLTNIS VON PARTEIPROGRAMM UND POLITISCHER PRAXIS

LERNEN AUS DER bürgerlichen GESCHICHTE:

Hierzu HINWEIS NEU auf [www.mxks](http://www.mxks.de):

Die Stalinisierung der kommunistischen Parteien

<http://www.mxks.de/files/kommunism/Frank.GeschDerKI.Bd2.Stalin.html>

Kurzer Auszug aus Pierre Franks:

Geschichte der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE 1919 - 1939´

- Diese reflexive Annäherung an die Stalinisierung der westeuropäischen Kommunistischen Parteien zwischen 1923 und 1936 benennt banale Erklärungen für diesen Prozess. Dabei werden auch heute aktuelle urbürgerliche Formen politischer Klassenherrschaft freigelegt:

konkretion 2007:

Seit der Gründung der WASG 2005 ziehen die Parteiapparate der Fusionspartner PDS + WASG den Partei-Gründungsprozess DIE.LINKE durch:

- bürokratisch an ihrer murrenden Parteibasis vorbei
- ihre politische PRAXIS schert sich nicht um die gesellschaftlichen INHALTE der PARTEIPROGRAMME und um die Glaubwürdigkeit ihrer Organisation

Allzuoft wird die bürokratische Verkommenheit der Parteien den autokratischen Seilschaften oder ihren Populisten wie Oskar, Gregor PERSÖNLICH angelastet, komplementär zu den PERSÖNLICHEN Angriffen auf Wirtschaftsführer. Dabei handelt es sich um einen objektiven Prozess, der allerdings durch die Showtalente der Berufspolitiker als Volkstribunen äußerst unterschiedlich gefärbt sein kann.

HERLEITUNG DER BÜROKRATISIERUNG POLITISCHER PARTEIEN

AUSGANGSPUNKT BÜRGERLICHER STAAT auf BASIS PRIVATEIGENTUM

- die staatliche Organisation der Gesellschaft überhaupt verweist schon auf eine Klassenspaltung der Gesellschaft in Bourgeoisie # Proletariat
- so auch die Sowjetunion nach 1917 mit dem Eintritt in die Übergangsperiode zum Kommunismus – politisches Bündnis + ökonomischer Widerspruch: Arbeiter # Bauern
- hierbei bildet sich spiegelbildlich zum Stand der Produktivkräfte jeweils historisch spezifisch ein nationaler bürokratischer Staatsapparat heraus – getrennt, im Gegensatz von der bürgerlichen Gesellschaft, gar diese beherrschend und das gesellschaftliche Leben erstickend (im Übergang zum Kommunismus, falls er in Konterrevolution umschlägt)
- die staatlichen/kommunalen/institutionellen Bürokratien sind die komplementäre Ergänzung/Fortsetzung der Büros der Wirtschaftsbetriebe, notwendig zur Planung und Regulierung der Reproduktion der Gesamt-Volkswirtschaft in 4 Funktionsräumen (Infrastruktur, Recht, Verhältnis Kapital/Lohnarbeit, sowie Außenpolitik)
- die staatliche Bürokratie erhält von der ökonomischen Basis ständig neue Problemstellungen ins Pflichtenheft diktiert
- dabei geht es keineswegs nur um sachliche Aufgaben, sondern um die Verteilung des erzeugten Neuwerts der Gesellschaft ans (privateigentümliche bzw. staatsmonopolistische) Kapital und an die arbeitende Klasse und an den Staat selbst

SPÄTESTENS AN DIESER STELLE

SCHLÄGT DIE VERWALTUNG VON SACHEN UM IN STAATLICHE POLITIK

- dabei muss der Staatsapparat sich als ideeller Gesamtkapitalist bewähren: Ausgleich der Interessen innerhalb und zwischen den Hauptklassen; insbesondere durch Existenzangst erzeugende Propaganda und Salamtaktik der Reformen den Wert der Arbeitskraft nach Kräften zu senken, um den tendenziellen Fall der Profitrate aufzuhalten
- schon seit alters her legitimiert die herrschende Klasse ihre Entscheidungen durch Organe gewählter Vertreter der beherrschten Klassen/Schichten
- illusionäre Träume aus Zeiten stammesgeschichtlichen Mitsprechens aller
- die Staatsgeschäfte befinden sich derweil formal in Händen politischer Parteien als Spiegel der unterschiedlichen Klasseninteressen - mit dementsprechend unterschiedlichen Programmen, Organisationen, Geld, Praxen
- formal liegt die Gesetzgebung in der Hand von Parlamenten - dabei sind Veto-Rechte höherer Instanzen vorsorglich verfassungsmäßig eingebaut

(Es haben sich verschiedene staatliche Formen parlamentarischer Demokratie entwickelt je nach historischem Kompromiss mit dem nationalen Feudalismus)

- Das Parlament wählt (auf Vorschlag des Bundespräsidenten) den Kanzler und dessen Regierungsmannschaft als geschäftsführenden Ausschuss der Regierungsgeschäfte
- hierbei handelt es sich faktisch um die Erledigung dringender Staatsgeschäfte
- der POLITISCHE Jargon des Ungefährs-Lavierens verdeckt ideologisch vor der arbeitenden Klasse die erschreckend penible Dokumentation der bürokratischen Staatsmaschine bei der Vorbereitung von in Gesetze zu meißelnden Maßnahmen, deren Umsetzung und der bürokratischen Einordnung ihrer Resultate
- die mediale Maschinerie erzeugt hieraus ein spezifisch national gefärbtes Weltbild a la HUMANITÄRE MISSIONen – als Reproduktion verdeckter Herrschaftsformen

UNAUSWEICHLICHE praktische ANERKENNUNG DES PRIVATEIGENTUMS im politischen Vorhof der Macht als Kotau jeder politischen PARTEI und somit notwendige Vollendung ihrer Bürokratisierung:

- jede staatsaffine/-tragende politische Organisation verbürokratisiert nach dem bisherigen geschichtlichen Erfahrungshorizont von zwei Jahrhunderten bürgerlicher Herrschaft
- Die Verbürokratisierung der politischen Parteien erfolgt notwendig auf allen drei STRATEGISCHEN FELDERn DER POLITIK:

○ **KOMMUNIKATION:**

- Zuckerbrot und Peitsche des Medienapparats züchtigen die Radikalität der Parteien auf dem Wege zur Macht
- windelweiche Erklärungen führen zum Trog der Bourgeoisie
- andernfalls droht als Staatsfeind öffentliche Zerstörung
- noch die übelsten Gesetze müssen Regierungsparteien zynisch kommunizieren als Überlebensmaßnahmen des ´Volkes´ (dabei verharrt die arbeitende Klasse ohne zusammenhängenden Diskurs)

• **ERRINGUNG UND ERHALTUNG DER STAATSMACHT:**

- erfordert einen Stab führungsfähiger Berufspolitiker und Spezialisten und produziert regierungsfähigen bürokratischen Parteiapparat

(korrespondierend den Verbands- und Gewerkschaftsapparaten des ökonomischen Feldes)

• **UMBAU DER GESELLSCHAFT:**

- als Anhängsel des Staatsapparats vollziehen die Regierungen mit ihren Parlamenten dessen Vorgaben nach Staatsraison jenseits der Parteiprogramme

- Nur jene politischen Parteien sind dem Staatsapparat gegenüber satisfaktionsfähig, die vorstehende drei Haupthausaufgaben praxistauglich erledigt haben

KONSEQUENZEN FÜR DAS PARTEILEBEN

- Aus der Regierungsfähigkeit der Partei folgt unmittelbar Parteidisziplin samt Fraktionierungsverbot, also dem absoluten Gebot, nach außen mit einer Stimme zu sprechen wie auch parlamentarische Abstimmungen nach Parteimaßgabe zu vollziehen
- hieraus entsteht die Notwendigkeit, die Parteibasis so zu domestizieren, dass sie der Machterringung und deren Erhalt ALLES unterordnen
- zur Machterringung wird jedes populistische Wahlversprechen hinausposaunt
- zwecks Machterhalt wird deren Bruch dreist und unverfroren in Szene gesetzt
- diese Machenschaften werden alle als kleineres Übel medial verkauft zwecks Rettung von Gemeinwohl, Vaterland - als einzigen Weg der Sachzwänge, der Staatsraison
- hierfür holt sich der Parteiapparat die Legitimation bei allen Tagungen der Partei und deren Organen, auf denen Entscheidungen fallen, durch geschickte Regieführung und tricksen mit Satzungsbestimmungen mittels eingeweihter informeller Seilschaften
- die hierzu tauglichen Funktionseliten, Karrieristen und Parteiapparatschiks und -funktionäre werden durch großzügige staatliche Finanzierungsgesetze gezüchtet
- bürgerliche Instrumente dafür: Stiftungen, Korruption, Spendenpraxis, schwarze Kassen
- die Mechanik der Vereinnahmung bzw Ausgrenzung der Mitglieder durch den Parteiapparat verläuft historisch-spezifisch nach Grad der Aneignung der Partei durch den Staatsapparat (temporär) bis hin zur Verschmelzung beider zur (monolithischen) Staatspartei
- Freund/Feind-Mechanismen: Vorwurf der Parteischädigung/-spaltung/-verrat sind Fraktionszwangs-Instrumente oder: Parteiausschluss
- gegebenenfalls werden Abweichler politisch abserviert, oder durch parteiinterne Intrigen isoliert, oder vom Parteiapparat öffentlich denunziert und zum medialen Abschuss freigegeben (diese mafiöse Farce wechselt nur nach Staatsraison die Hauptakteure, erinnert sei an: CDU-Spendenaffäre/Schwarzgeld, .. , jetzt Endspurt CSU-Gaudiismus, Zielgrade DIE.LINKE ..)

- mit dem Zerfallen der Gesellschaft in zwei große Lager zerfallen ebenso die alten Parteien der Ordnung wie ihre Parteiprogramme postfeudaler klein-bürgerlicher Lebensentwürfe
- die politischen Parteien wandeln sich zu Steuerzahler fixierten medialen Wahlvereinen und Politfirmen für Berufspolitiker aus Akademie und familialen Erbhöfen
- das Proletariat als die übergroße Mehrheit der Bevölkerung beherrscht sich politisch selbst mittels bürgerlichem Arbeiterstaat - solange es kuscht - solange orientieren alle Parteien auf die soziale Mitte der Gesellschaft als der Masse jenes Bevölkerungsanteils, welcher sich durch Wahlbeteiligung überhaupt noch Vorteile erhofft
- der Chauvinismus der arbeitenden Klasse lässt in ´ruhigen Zeiten´ keinen Spielraum für gesellschaftlich relevante proletarische politische Strömungen

SCHLUSSBEHAUPTUNG:

- **alle aktuellen vorstehenden Elemente politischer Parteienpraxis finden sich in oben erwähntem Auszug zur STALINISIERUNG der KPn**
- dabei wog der Erhalt der Sowjetunion 1917 - 1936 selbstverständlich ungleich schwerwiegender als z.B. heutige ´einmalige geschichtliche Chance zur Einheit der Linken in Deutschland´ als Wiedergeburt einer sozialstaats-illusionären (SPD-light) Partei: DIE.LINKE
- der gravierendste und keineswegs zu relativierende Unterschied zu ruhigen demokratischen Umständen besteht darin, dass sich damals viele Parteigenossen wortwörtlich um Kopf und Kragen redeten

SCHLUSSFOLGERUNGEN aus der bisherigen bürgerlichen Geschichte:

- Die politische Praxis von Parteien bewegt sich jenseits ihrer Programme nach Staatsraison
- der Parlamentarismus kann die Gesellschaft nur nach Maßgabe des Kapitals verändern, steuern, regeln und von bürgerlichen Parteien darf man nichts anderes erwarten, als sie zu leisten im Stande sind, wie links sie auch immer parlieren
- nie in der bürgerlichen Geschichte der großen kapitalistischen Länder waren die Organisationen der arbeitenden Klasse in so desolatem Zustand für die geschichtlich anstehenden Aufgaben, da sie kaum noch gesellschaftlich verankert sind
- so erscheint es z.B. als Treppenwitz, wenn im WASG/PDS Fusionsprozess Teile der radikalen Restlinken sich als Netzwerk-Linke-Opposition (NLO) als proletarischen Hort gerieren - mit Inhalten diesseits Godesberg
- dabei ist das NLO nur der Ausdruck des Scheiterns der radikalen Linken, im Konstituierungsprozess DIE.LINKE eine inhaltlich gescheite gemeinsame Plattform zu erarbeiten. Typisch deutsche Manie, aus der Not eine Tugend machen zu wollen
- **was tun im Angesicht der herannahenden großen Weltwirtschaftskrise?**
- in den langen roll-back Zeiträumen nach proletarisch revolutionären Anläufen bewegen sich die progressiven gesellschaftlichen Elemente selbstverständlich innerhalb des Parteien-, Sekten-, Zirkel-, Gewerkschaftsspektrums bzw. als Einzelpersonen zwecks Öffnung des gesellschaftlichen Raumes für die anstehende programmatische Debatte
- kommunikationsstrategisch verharrt die arbeitende Klasse der Metropolen gegenwärtig bezüglich der programmatischen Debatte allerdings in sektiererischen Zuständen
- die arbeitende Klasse wird in der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise vor die Alternative gestellt: Untergehen in Barbarei oder Übergehen zum Kommunismus
- ganz selten in der bisherigen Geschichte stimmten die politischen Programme der Parteien der arbeitenden Klasse und spontane eruptive proletarische Bewegungen überein
- proletarisch revolutionäre Parteien entstehen nur in revolutionären Situationen und diese können gesellschaftliche Umwälzungen selbst nach Eroberung der Staatsmacht nur soweit



Wladimir Tatlin, Monument der III. Internationale, 1919-20

- politisch flankieren, wie die arbeitende Klasse die entsprechenden gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen selbst aktiv mittels eigenständiger klassengemäßer Organe in die Hand nimmt und damit den bürgerlichen Staatsapparat überflüssig macht
 - schlägt die revolutionäre Flut um in revolutionäre Ebbe bevor die proletarische Klasse ihre Selbstaufhebung samt Aufhebung der Bourgeoisie als Klasse, also der Aufhebung des Privateigentums, also des Systems der Lohnarbeit entschieden weit vorangetrieben hat, dann droht der Rückfall in kapitalistische Barbarei durch den Machtumschwung zu Gunsten der noch nicht überwundenen Reste des bürgerlichen Staatsapparats
 - und eine proletarisch revolutionäre Partei kann trotz besten Willens eine revolutionäre Ebbe nur kurzzeitig als letzter Rückhalt überbrücken, bevor sie selbst von der bürokratischen Staatsmaschine verschlungen wird
- hamster.rad -